

Leitmedium Koran: Rütli-Schule bald überall?

Schulen sind der naiven Zuwanderungspolitik nicht gewachsen.

Von Josef Kraus

[Veröffentlicht am 10.01.2018 von die-tagespost.de](#)

Im Frühjahr 2006 gab es eine große Aufregung um die Rütli-Schule in Berlin-Neukölln. Es war dies eine Schule mit gerade eben 268 Schülern (142 Jungen und 126 Mädchen). Von ihnen hatten etwa 35 Prozent arabische, 25 Prozent türkische und 17 Prozent deutsche Wurzeln. Rund 80 Prozent waren Muslime. Bundesweit machte „Rütli“ Schlagzeilen, als das Kollegium dieser Schule im März 2006 in einem „*Brandbrief*“ an den Schulsenator die Schließung der Schule forderte. Begründung:

→ **Man sei der Gewalt durch Schüler nicht mehr gewachsen.**

- Der damalige Berliner *Schulsenator Klaus Böger* wollte die Schule nicht schließen. Er versprach den Lehrern Polizeischutz, damit der Unterricht ordnungsgemäß stattfinden könne. Ferner stellte man der Schule drei Sozialarbeiter zur Verfügung.

Seit 2009 ist die Rütli-Schule eine Gemeinschaftsschule auf dem „*Campus Rütli*“. Sie arbeitet nach dem Motto „*Eine Schule für alle! Kein Schüler bleibt zurück*“ – mit Kursen für Klettern, Trommeln, Türkisch, Arabisch, Wahlpflicht-AG „*Boxen*“ und „*Rütli Wear*“.

Es ist ruhiger geworden um „*Rütli*“. Aber das heißt nicht, dass „*Rütli*“ nicht mehr vorkommt. Und ob! Anfang November 2017 kam über die *FAZ* ein Erfahrungsbericht der Leiterin der *Berthold-Otto-Grundschule in Frankfurt-Griesheim* an die Öffentlichkeit.

- ❖ Es ist dies eine Schule mit einem Anteil von 90 bis 100 Prozent Migrantenkindern in den einzelnen Klassen. Die mutige Rektorin spricht von „*schlimmsten sozialen Verhältnissen*“; sie sagt, dass an regulären Unterricht nicht mehr zu denken sei; sie diagnostiziert, dass die Lernbereitschaft der Schüler in den Keller gegangen sei und dass Lernstoff, der noch in den 1990er Jahren in der 2. Klasse bewältigt werden konnte, heute in die 4. Klasse verschoben werden muss.
- ❖ Besonders beklagt die Schulleiterin, dass sich vor allem die muslimischen Familien der Kinder völlig abgeschottet und in großem Umfang durch den Islam radikalisiert hätten. Diese Eltern würden ihre Kinder nicht zum Lernen anhalten und nicht dazu verpflichten, Lehrer zu respektieren.



Wegen des hohen Aggressionspotenzials unter Schülern, aber auch gegenüber Lehrern, bemühen sich Schulen verzweifelt um Befriedung. Bei diesen Hamburger Schülern wird das mit **buddhistischen Mitteln** und dem Projekt „*Kämpfen – fair aber mit Power*“ versucht. Die wichtigen Bildungsinh...

Foto: dpa

Nun ist ein Brief des Lehrerkollegiums der Gemeinschaftsschule Bruchwiese in Saarbrücken bekannt geworden. Die Saarbrücker Zeitung hat ihn am 13.12.2017 zum Aufmacher gemacht und getitelt:

- „*Dramatischer Hilferuf von Saarbrücker Lehrern*“. Dort ist von folgenden Zuständen die Rede: **physische und verbale Gewalt gegen Mitschüler und Lehrer, Messerattacken, schwere Körperverletzungen, Drogen, Alkohol seien Alltag.** Wörtlich:
→ „*Viele Kolleginnen haben Angst, bestimmte Schüler zu unterrichten.*“ Es kommt hinzu, dass sich die saarländische Schulpolitik unter *Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer* (CDU) und *Bildungsminister Commerçon* (SPD) der Ideologie der Totalinklusio n verschrieb und damit Schüler mit extremem sonderpädagogischem Förderbedarf auf Regelklassen losgelassen hat.

Was war die Folge dieses Berichts?

- ❖ Das Bildungsministerium hat den Brandbrief der Lehrerschaft „*von Anfang an ernst genommen*“. Heldenhaft! Aber sonst wird der Bericht, der bereits im Juni 2017 im zuständigen Ministerium eingegangen ist, außer der Ankündigung, die Schule „*in ihrer schwierigen Lage zu unterstützen*“, kaum Folgen haben. Ob vier zusätzliche Lehrer, die da plötzlich verfügbar sein sollen, etwas grundsätzlich ändern werden?

Den Autor dieses Beitrages erreichen immer wieder Schilderungen wie die aus Frankfurt und Saarbrücken. Manche Schilderungen sind noch drastischer und markanter. Und glaubhaft.

► **Bildungsangebot wird vom Leitmedium Koran abgelöst**

Zum Beispiel folgende Berichte von Grundschullehrerinnen:

- „*Migrantenkinder haben ein exorbitantes Selbstbewusstsein. Fast alle Schülerinnen sehen sich nur vorübergehend in den Vorbereitungsklassen. Vielmehr sind sie der Überzeugung, dass sie kurz vor dem Beginn eines Studiums mit nachfolgender Stellung als Tierärztin oder Architektin stehen. Dabei reicht es bei weitem noch nicht einmal für den Hauptschulabschluss. Zu diesem Selbstbewusstsein gesellt sich ein ausgeprägter Nehmermodus – unterstützt etwa durch verständnisvolle Rechtsanwälte.*“

Oder ein anderes Beispiel:

- „*Die Kinder mit arabischen oder türkischen Wurzeln werden von ihren Eltern nicht zum Lernen angehalten. Aber es sind nicht nur die Eltern, die ihre Kinder vom Lernen abhalten, sondern vor allem die Imame in den Moscheen, die eine grundsätzliche Lernbereitschaft als obsolet erscheinen lassen. Das deutsche Bildungsangebot ist ihnen vor allem deshalb entbehrlich, weil es in absehbarer Zeit abgelöst werde von Instanzen des Koran, dem absoluten Leitmedium. Wozu dann Anstrengungen für Minderwertiges?*“

Oder nehmen wir die Ende 2017 veröffentlichte „*Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung*“ (IGLU). Hier wurden das Leseverständnis der Schülerinnen und Schüler, ihre Einstellung zum Lesen und ihre Lesegewohnheiten am Ende der Grundschulzeit erfasst. An IGLU 2016 haben insgesamt 47 Staaten und zehn Regio-

nen teilgenommen. In Deutschland wurden 4 277 Schülerinnen und Schüler aus 208 Schulen in die Untersuchung einbezogen. So weit, so gut! Aber wieder bringt die „Studie“ nichts, was man nicht schon längst wüsste:

- Nämlich, dass deutsche Grundschüler schlechter lesen als ihre Altersgenossen in *Russland, Finnland, Polen, Ungarn, Bulgarien* oder *Litauen*. Und dass das Leseebene der Schüler vor allem aufgrund ihrer „Heterogenität“ leidet.

Das heißt im Klartext:

- Die Gesamtleistung wird durch schwache Leseleistungen von Kindern mit Migrationshintergrund nach unten gezogen.

Und die Folgen?

- ❖ **Am Ende haben wir Schulen, die nur noch dem Namen nach Schulen sind.**

Einzelfälle?

- ❖ Für die Politik ja! Nein, die Realitäten sind andere, denn dergleichen haben wir an vermutlich einigen hundert, wenn nicht tausend der 42 000 Schulen in der „Bildungsrepublik Deutschland“, die 2008 von *Kanzlerin Merkel* mit diesem Namen ausgerufen worden war. „Nun sind sie halt da“, würde Merkel erneut sagen. Man wird weiter „no borders“, „Bereicherung“, „Vielfalt“ und „Kultursensibilität“ predigen.

Im Raumschiff namens Kanzleramt werden solche Berichte jedenfalls nicht oder allenfalls als Fußnote von angeblich larmoyanten Lehrern zur Kenntnis genommen werden.

Zudem hören wir aus dem Mund der Politiker, Bildungsforscher und Kommentatoren sofort wieder die alte Leier:

- *Deutschlands Bildungswesen sei eben ungerecht. Denn gemessen an der Anzahl der Bücher im Haushalt und dem Berufsstatus der Eltern gehöre Deutschland weiterhin zu den Staaten, in denen die sozialbedingten Leistungsunterschiede am höchsten ausfallen.*

So ein Wunder! Hat man etwa vergessen, dass die Zuwanderung nach Deutschland eine völlig andere, nämlich eine völlig voraussetzungslose, ist als in anderen Ländern? Mutige Soziologen sprechen es deutlich aus: Durch die Zuwanderung habe Deutschland in weiten Teilen eine zusätzliche „Unterschichtung“ erfahren.

Deshalb ist es schon reichlich vernebelnd, wenn die *Kultusministerkonferenz (KMK)* meint: „Für den Umgang mit der zunehmenden Vielfalt im Klassenzimmer brauchen Lehrkräfte spezielle didaktische und diagnostische Kompetenzen.“ Also sind es mal wieder die Schulen und die Lehrer, die versagen? Nein! Denn Deutschlands Schulen und Lehrer können nicht bewältigen oder auch nur ausgleichen, was eine naive Zuwanderungspolitik ermöglicht. Integration ist keine Einbahnstraße. Das deutsche Bildungswesen leistet eine große Bringschuld. Aber die Adressaten dieser Bildungsangebote holen diese Angebote, zum Beispiel Deutschkurse, vielfach nicht ab.

Freilich ist die Politik selbst mit der angeblich möglichen Qualifizierung einer dann omnipotenten Lehrerschaft noch nicht am Ende der schlaunen Vorschläge. Jetzt wird sogar die Idee ins Spiel gebracht, Privatschulen abzuschaffen und die Kinder mit Migrationshintergrund so auf alle Schulen zu verteilen, dass die Klassen besser

„*durchmischt*“ werden und Schüler mit schlechten Deutschkenntnissen Nutzen von den gut Deutsch sprechenden Schülern haben. Das wäre allerdings so, wie wenn man einen flotten Radfahrer in der Hoffnung an einen trägen kettet, beide würden dann schneller fahren. Nein, am Ende wären beide vereint in träger Gleichheit, die dann als Gerechtigkeit ausgegeben würde.

Wahrscheinlich hilft hier neben einer restriktiven Zuwanderungspolitik, auch beim Familiennachzug, nur etwas, was der vormalige Bezirksbürgermeister von Neukölln, *Horst Buschkowsky* (SPD), einmal vorschlug:

- Wenn Kinder nicht regelmäßig mitarbeiten und zur Schule kommen, dann kommen Kindergeld oder „*Stütze*“ nicht auf das Konto der Eltern. Und wenn es an den Geldbeutel geht, dann tut sich vielleicht doch noch etwas.

Ohne solche drastischen Maßnahmen und ohne eine andere Zuwanderungspolitik dürfte die Zukunft der „*Bildungsrepublik*“ bei aller hyperaktiven Reformitis jedenfalls sehr düster aussehen.